

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

I. Kammer.

N^o 1.

Dresden, am 25. Juli

1850.

Erste öffentliche Sitzung der ersten Kammer
am 23. Juli 1850.

Inhalt:

Eröffnungssrede des Präsidenten v. Schönfels. — Vereidung und Verpflichtung mehrerer Kammermitglieder. — Registranden-vortrag. — Besprechung über Nr. 2 der Registrande, das Allerhöchste Decret, die Landtagsordnung betreffend. — Wahl der vier ordentlichen Deputationen.

Die Sitzung, bei welcher die Herren Staatsminister D. Schinsky, v. Beust und v. Friesen, sowie 33 Kammermitglieder zugegen waren, wird kurz nach 11 Uhr vom Präsidenten v. Schönfels mit folgender Ansprache an die Kammern eröffnet:

Präsident v. Schönfels: Durch das Vertrauen Sr. Majestät des Königs zum Präsidenten dieser Kammer ernannt, erkenne ich mit dem tiefsten Gefühle des Dankes in dieser ehrenvollen Auszeichnung einen Beweis der höchsten Huld. Ich widme mich willig und mit Freuden dem mir aufgegebenen Berufe, obschon die Stürme einer verhängnißvollen Zeit sich noch nicht völlig wieder gelegt haben, obschon noch immer der Zustand der Ruhe und des Friedens einer festen Bürgschaft entbehrt. Aber gerade der Umstand, daß eine festere Grundlage für jene Bedingungen der Wohlfahrt des Staates geschaffen werden muß, gerade die noch immer unsichere Lage, in welcher sich das Vaterland befindet, muß eine dringende Aufforderung, ja eine unabweißbare Mahnung sein für jeden Patrioten, seine Thätigkeit anzuwenden, um das Gemeinwohl zu befördern, sofern dies der König, sofern dies der Staat verlangt. Wir alle, meine hochzuverehrenden Herren, folgten dem an uns ergangenen Rufe rücksichtslos und unter den ungünstigsten Verhältnissen, aber wir folgten ihm freudig, denn wir sagten uns: es gilt das Glück des Vaterlandes, die Zufriedenheit unserer Mitbürger wieder zu erlangen und für die Dauer zu befestigen. Gilt es aber einem so schönen und edlen Ziele, wer möchte sich ausschließen hierbei mitzuwirken? selbst auf die Gefahr hin, von einer wühlerischen Partei verhöhnt, verleumdet und verlästert zu werden! Möge diese Partei über die dermalige Einberufung dieser

Kammern schreiben und schreien was ihr gut dünkt, so viel steht jedenfalls fest, daß nach den unglückseligen Resultaten, welche aus der allgemeinen Stimmberechtigung der Wahlen für die Landesdeputirten hervorgegangen waren, ein milderer Ausweg, um wieder zu geordneten Zuständen zu gelangen, nicht einzuschlagen war, als derjenige ist, den die Regierung genommen. Von diesem Gesichtspunkte ausgegangen, rechtfertigt sich völlig unser Hiersein, rechtfertigt sich völlig die gänzliche Nichtbeachtung, um nicht zu sagen die gänzliche Verachtung jener unüberlegten und zügellosen Parteiauslassungen. Wir beginnen daher unbeirrt und auf das Bereitwilligste unsere Arbeiten, und zwar mit dem Vertrauen, daß die Staatsregierung sowohl auf dem betretenen Wege fortschreite, als auch ungesäumt und kräftig zu den Reformen, die sich in vielfacher Hinsicht in den Staatseinrichtungen nöthig machen, übergehe. Denn nicht allein eine kräftige Regierung ist ein Erforderniß zum Bestehen des Staates, sondern auch eine solche, welche durch die That dem Volke zeigt, daß dessen Wohlfahrt das Ziel ist, nach welchem sie rastlos und ohne Unterlaß zu streben sich bemüht. Geht die Regierung mit dieser Bedingung des Gemeinwohls Hand in Hand, zeigt sie dem Volke that sächlich, daß sie mit Ernst und unverwandt das Auge richtet auf dessen wahres Wohl, so dürfte dies eine vollkommene Bürgschaft sein für das Bestehen nicht nur, sondern auch für das Gedeihen und das Blühen des Staates. Können wir nun zu der dermaligen Regierung unseres Landes das zuversichtliche Vertrauen haben, und wir können es, daß sie die aufständischen Gelüste und die darauf hinarbeitenden Bestrebungen mit Kraft niederhält, und daß sie zugleich sich beeilt, die Wunden zu heilen, welche eine traurige Vergangenheit dem Lande geschlagen, so dürfen wir um so gewisser einer bessern Zukunft entgegengehen, zu deren Mitwirkung wir sämmtlich uns mit Freuden eingestellt haben und welche noch in fernster Zukunft unsere Befriedigung sein wird. — Was meine Amtsführung anlangt, so bitte ich wiederholt um Ihre gütige Nachsicht und Unterstützung, deren ich, wie ich wohl fühle, so sehr bedarf und die Sie mir schon früher zu Theil werden ließen. Ich verspreche Ihnen hiergegen, daß es mein unausgesetztes Bestreben sein wird, mir diejenige Unparteilichkeit anzueignen, ohne welche eine Stellung, wie die meinige, kaum haltbar sein dürfte.

Ich gehe nun zur Verwaltung meines Amtes über und fordere zuvörderst den Herrn Amtshauptmann v. Biedermann.